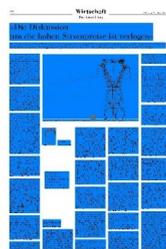


«Die Diskussion um die hohen Strompreise ist verlogen»

Der Energieökonom Lion Hirth erläutert im Gespräch mit Christoph Eisenring und Gerald Hosp, warum der Strommarkt trotz hohen Elektrizitätspreisen und Rettungsschirmen für Konzerne funktioniert. Die Liberalisierung war in seinen Augen kein Fehler



Unweit eines Kohlekraftwerks in Cordemais in Frankreich sitzen zwei Störche auf einem Hochspannungsmast. STEPHANE MAHE / REUTERS



Herr Hirth, wird es in Europa im Winter zu einer Strommangellage kommen? Einen Blackout halte ich für extrem unwahrscheinlich. Ein solcher ist eigentlich immer die Konsequenz eines Extremereignisses. Eine etwas weniger schlimme Variante tritt ein, wenn die Nachfrage das Angebot stark übersteigt. Dann müssen die Netzbetreiber im grösseren Umfang Stromverbraucher abschalten. Für die Betroffenen wäre dies natürlich ein gravierender Einschnitt. Diese Gefahr erachte ich für Deutschland und auch für die Schweiz als gering, Frankreich macht mir mehr Sorgen.

Warum gerade Frankreich?

Das hängt von den Problemen der dortigen Atom- und Wasserkraftwerke und auch der Schwere des Winters ab, weil in Frankreich viel elektrisch geheizt wird. In Deutschland dürfte es nur dann gefährlich werden, wenn es zu einer Gasmangel-lage kommen sollte, die so gravierend ist, dass auch Haushalte betroffen sind. Dann würden verstärkt Elektroheizungen angeworfen. Dieses Szenario halte ich aber für wenig wahrscheinlich.

Sind Sie nicht zu optimistisch? Der Kreml-Herrscher Putin könnte doch auch noch die verbliebenen Gaslieferungen stoppen. Die deutschen Speicher reichen nicht für den gesamten Winter.

Die Speicher decken tatsächlich nur einen Viertel des Jahresverbrauchs ab. Sie gleichen die saisonalen Schwankungen aus, sie waren nie dafür gedacht, ein länger bestehendes Gasembargo abzufedern. Die Lieferungen von Russland nach Europa sind aber jetzt schon fast versiegt, nur in Südosteuropa kommen noch kleinere Mengen an. Beim Erdgas hat Putin sein Erpressungspotenzial also praktisch erschöpft. Zudem sieht es so aus, dass sich die Märkte auf diese Situation eingestellt haben: Der Gaspreis an den Energiebörsen ist in den letzten Wochen deutlich gesunken.

Neben den hohen Gaspreisen sehen wir auch extrem hohe Strompreise. Wer ist schuld daran? Ist es Putin, oder sind es gar die liberalisierten Energiemärkte, wie die Linke sagt?

Die Strompreise sind immens hoch. Die-

ser Anstieg lässt sich aber einfach mit den hohen Gaspreisen erklären. Die Preise sind keine Übertreibung, der Marktmechanismus funktioniert.

War die Liberalisierung des Strommarktes ein Fehler? Die Teilliberalisierung brachte hierzulande für einige Zeit niedrige Preise. Diese Vorteile sind aber jetzt durch die Krise zunichtegemacht worden. Die Diskussion ist ein Stück weit verlogen, weil sich bei tiefen Preisen alle darüber freuen, während bei hohen Preisen sich alle ärgern. Es ist doch so, dass aus geopolitischen Gründen Europa der Gashahn zugekehrt wird. An den Märkten äussert sich dies in höheren Preisen. Das ist kein Marktversagen, sondern Machtpolitik. Wenn wir noch in der Welt der 1990er Jahre mit Gebietsmonopolen wären, würde sich das Problem anders zeigen.

Wie denn?

Diejenigen Versorger mit russischen Gasverträgen oder eigenen Gaskraftwerken müssten ihren Kunden dann noch deutlich drastischere Sparmassnahmen abverlangen. Wahrscheinlich käme es zu regionalen Zwangsabschaltungen. Stattdessen helfen uns Märkte, diese Anpassungen einigermaßen effizient über die Bühne zu bringen, also zum Beispiel in solchen Branchen Gas zu sparen, deren Produkte auch importiert werden können.

In der Schweiz gibt es keine Gaskraftwerke. Strom wird vor allem mit Atom- und Wasserkraft zu geringen Gestehungskosten produziert. Dass der Strompreis



Lion Hirth
Professor an der
Hertie School, Berlin

«Wir müssen die Nachfrage dem knappen Angebot anpassen. Und der Preis ist der beste

Mechanismus dafür.»

von den teuren Gaswerken bestimmt wird, empfinden viele als absurd.

So sind eben Märkte in einer Krise. Ich mache ein Beispiel: Sagen wir, dass plötzlich alle Welt Schweizer Uhren kaufen will und sich die Preise verzehnfachen. Dann erhöhen sich auch die Preise für Schweizer Kunden im Inland. Genau dies passiert derzeit beim Strom. Die Energiekrise wird zum Glück vorbeigehen. Die Schweiz ist zudem im Vorteil, weil die meisten Stromfirmen in öffentlichem Besitz sind. Die Gewinne landen also bei der Gesellschaft, die entscheiden kann, wie diese verwendet werden.

Das Problem hoher Preise bleibt aber.

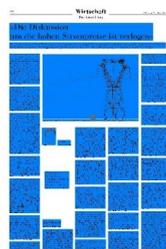
Mit liberalisierten Strommärkten ist es ja überhaupt nicht schwierig, die Preise zu stabilisieren, wenn man möchte. Jedes Unternehmen hat die Möglichkeit, Strom zwei oder drei Jahre im Voraus auf Terminmärkten einzukaufen und die Preise zu fixieren. Diejenigen, die jetzt laut schreien, haben sich in der Vergangenheit eben dagegen entschieden. Das ist dann wie ein Wasserschaden ohne Haus-ratsversicherung.

In der Schweizer Politik heisst es vermehrt, Produktion und Netze müssten wieder unter ein Dach.

Das hielte ich für einen grossen Fehler. Leute, die dies vertreten, müssten erklären, wie regionale Monopole gegen eine Versorgungskrise beim Gas und dann beim Strom helfen würden. Es ist ja nicht so, dass diese Krise durch ein Gegeneinander von Produktion und Netz ausgelöst wurde.

Der Schweizer Stromkonzern Axpo musste aber wegen dieser Terminmarkt-geschäfte um staatliche Hilfe anfragen. Ist dies tatsächlich ein gutes Marktdesign?

Da muss man unterscheiden. Wenn bei den Rettungsaktionen Eigenkapital eingesetzt wird, kann dies möglicherweise verloren sein. Beim in der Schweiz aufgesetzten Rettungsschirm handelt es sich aber um Kredite, die mit grosser Wahrscheinlichkeit auch zurückgezahlt werden, weil sie kurzfristige Liquiditätsprobleme ausgleichen.



Warum sollten Unternehmen sich am Strommarkt absichern, wenn dies so viel Liquidität erfordert?

Man muss wissen, worum es bei der Absicherung geht. Industriebetriebe, die im Voraus Strom kaufen und den Preis fixieren, stehen dem Risiko gegenüber, dass ein Produzent nicht liefern kann. Ein Ausfall würde bei steigenden Preisen bedeuten, dass die Industriefirma den Strom dann teuer nachbeschaffen müsste. Stromerzeuger, die Strom im Voraus verkaufen, stehen deshalb in der Pflicht, durch die Bereitstellung von finanziellen Sicherheiten solche Risiken auszuschliessen. Weil jetzt die Strompreise stark gestiegen sind, sind auch die Nachschusspflichten stark gestiegen.

Mit fatalen Folgen für die Stromfirmen. Die Stromproduzenten sind grundsätzlich nicht in einer Schieflage, weil sie ja Kraftwerke haben, mit denen sie den verkauften Strom produzieren können. Sie haben aber möglicherweise nicht genug kurzfristige Finanzmittel als Sicherheit. Die Krise war schwer vorhersehbar. Wenn Regierungen mit Kreditlinien arbeiten, um die Liquidität dieser Unternehmen zu stützen, halte ich dies für ordnungspolitisch angemessen.

Haben sich die Stromkonzerne zu stark auf den Stromhandel gestützt, statt die Elektrizität direkt zu verkaufen?

Aber dem steht ja nichts entgegen. Eine lokale Industriefirma kann doch mit einem lokalen Stromversorger einen Vertrag abschliessen. Oft haben grosse Verbraucher aber lieber anderswo Strom gekauft. Die Rückkehr zu lokalen Gebietsmonopolen hiesse, dass man den Verbrauchern das Recht nimmt, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Mir ist schleierhaft, weshalb wir den Firmen und Menschen diese Freiheit nehmen sollten.

Die Axpo hat bis zur Krise jeweils fast die gesamte Jahresproduktion drei Jahre im Voraus zu abgesicherten Preisen verkauft. Ist eine solche mehrjährige Absicherung üblich?

Ich kenne die Details zur Axpo nicht, aber eine Terminvermarktung über drei

Jahre ist in Mitteleuropa durchaus üblich. **Weshalb gibt es keine fünf- oder zehnjährigen Verträge?**

Viele Produzenten würden gerne weit im Voraus Strom verkaufen, weil die Kraftwerke sehr lange Laufzeiten haben. Es sind eher die Kunden, die nicht mitmachen. Es gibt wenige Industriebetriebe, die sich fünf oder zehn Jahre im Voraus eindecken wollen. Deshalb reagiere ich auch ein wenig allergisch, wenn auf Industrieseite nun nach regulierten Preisen gerufen wird. Diese Firmen hätten sich auf Jahre im Voraus mit Strom eindecken können, wenn sie gewollt hätten.

Ist die Absicherung der Preise nicht auch eine Spekulation, eine Wette auf fallende Preise?

Das ist Unfug. Absicherungsgeschäfte sind definiert als nichtspekulative Geschäfte. Ich verkaufe jetzt Strom, den ich in einigen Jahren mit meinen Kraftwerken liefere. Oder ich kaufe jetzt Strom, den ich in einigen Jahren in meinem Industriebetrieb brauchen werde. Das ist das Gegenteil von Spekulation, das sind Versicherungsgeschäfte. Es geht hier nicht darum, Gewinn zu machen und ins Risiko zu gehen, sondern es geht darum, Risiken zu mindern. Unternehmen tun das, obwohl sie dadurch im Mittel etwas weniger verdienen, eben weil Sicherheit ein Wert an sich ist.

Sichern sich Industriebetriebe derzeit zu wenig ab, und könnte dies ein Problem werden?

Ich höre aus der Branche, dass sich viele Industriebetriebe nicht mehr zwei oder drei Jahre vorab absichern. Manche sagen, die Preise seien derart hoch, dass sie damit nicht arbeiten könnten. Damit werden aber Preisschwankungen künftig stärker durchschlagen.

Die EU will Zufallsgewinne von Stromproduzenten einziehen. So dürfen Hersteller von Solar-, Wind- oder Atomstrom höchstens 180 Euro je Megawattstunde einnehmen. Was halten Sie davon?

Im Vergleich mit den diskutierten Alternativen ist der EU-Vorschlag der am wenigsten schlimme. Der Vorschlag zielt

darauf ab, Gewinne abzuschöpfen. Es wird somit nicht direkt in die Preisbildung eingegriffen, womit auch die Anreize zum Energiesparen erhalten bleiben. Aber auch der EU-Vorschlag hat das Potenzial, mehr kaputtzumachen als zu helfen. **Wie meinen Sie das?**

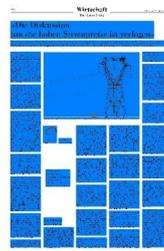
Nehmen Sie die Erlösgrenze von 180 Euro pro Megawattstunde. Was passiert, wenn zum Beispiel der Kohle- oder der CO₂-Preis stark steigt? Die Kosten für Kohlekraftwerke klettern dann auf mehr als 180 Euro, und die Betreiber stellen diese ab, weil sie nicht mehr rentieren. Dann muss deren Erzeugung aber durch Gas ersetzt werden. Damit würde der Gasmangel erst recht verstärkt.

Aber wenn solche Fragen gelöst werden könnten, wäre es eine gute Sache?

Ein solches Instrument wird immer auch negative Konsequenzen haben. Investoren Geld wegzunehmen, zerstört Vertrauen, wodurch sich Investitionen verzögern und verteuern. Damit wird die Krise länger und schmerzhafter sein. Aber gleichzeitig hat der EU-Vorschlag, wenn man ihn gut umsetzt, auch das Potenzial, die Mittel bereitzustellen, um Bürger und Firmen finanziell zu entlasten.

Das Grundproblem in der jetzigen Situation sind der Mangel an Gas und die überschüssenden Preise. Sollte man einen Preisdeckel für Gas verordnen?

Das ist der allerschlimmste Vorschlag. Wir haben zu wenig Gas. Deshalb müssen wir die Nachfrage der Realität, also dem knappen Angebot, anpassen. Und der Preis ist der beste Mechanismus dafür. Der hohe Preis ist ja der einzige Grund, warum der Verbrauch der Industrie massiv zurückgegangen ist. Wenn man jetzt den Preis deckelt, fahren diese Betriebe wieder hoch, und wir sind auf dem besten Weg in die Mangellage. Die Alternative ist, dass der Staat befiehlt, bestimmte Anlagen abzustellen. Das wäre mit viel höheren Kosten verbunden – ökonomisch wie politisch.



Ein Ökonom unter Strom

gho. · Jede Krise kennt auch ihre Experten. Im deutschsprachigen Raum fällt der 1985 geborene Energieökonom Lion Hirth mit prägnanten Meinungen über den Kurznachrichtendienst Twitter zu einem komplexen Thema auf. Hirth ist Professor für Energiepolitik an der Hertie School in Berlin und Geschäftsführer des energiewirtschaftlichen Beratungsunternehmens Neon.